

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
Post- und Frachtkosten 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beilagen über deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank, Berlin, Bernh. Arndt, Max. Gerstmann, Elberfeld, W. Thienes, Greifswald, G. Illies, Halle a. S. Jul. Barch & Co., Hamburg, Joh. Nothmann, A. Steiner, Wilhelm Wilkens, in Berlin, Hamburg, N. Frankfort a. M. Heinr. Eisler, Kopenhagen, Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 1. Juni. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht nunmehr Ernennungen zu ausländischen Ritters des Ordens pour le mérite wie folgt:
Seine Majestät der König haben Allergnädigst geruht:
den Philosophen Herbert Spencer in London, den Numismatiker Dr. Friedrich Imhof-Schlumberger in Winterthur und den Chemiker und Physiker S. D. van't Hoff in Amsterdam zu ausländischen Ritters des Ordens pour le mérite für Wissenschaft und Kunst zu ernennen.
Die schon der Zeitpunkt der Ernennungen beweist, haben sie schlechterdings nicht mit den „kleinen Fischen“ zu schaffen. Das Herr Pasteur betrifft, so würde es ihm nur zur Ehre gereichen, wenn sein Name neben den drei obigen stünde. Auch in Paris würde man überaus seine angesehene Erklärung, daß er den Orden ablehnt, als „als Franzose, der 1870 nicht vergessen kann“, zum Teil ganz angemessen. Herr Alex. Alexander, der schon zu Gunsten der Kaiserin, die in Berlin ausstellen aufgetreten ist, mag es im Hinblick auf die Verhältnisse, mit denen Pasteur von manchen Seiten überhäuft wird, dem Kaiser die Meinung zu sagen:

„Herr Pasteur drückt Phrasen“, schreibt Alexander; er ist kein Befehlshaber, sondern ein Sieger im Reiche der Wissenschaft. Er hat Erfolg geerntet, wo der Prof. Koch Misserfolge hatte. (2) und dürfte also, ohne sich gedemüthigt zu fühlen, die Ehrendiplome der befehligen (?) Nation annehmen. Statt dessen gebietet er sich wie die der Angelantagelänger Paulus, in den Willen der Kaiserin zu werfen, wenn man ihm Glückwünsche herausgegeben hätte. Es stand Herr Pasteur frei, eine angeborene Defekation auszusprechen, und falls er dies in bloßester Weise gethan hätte, so ließe sich nicht dagegen einwenden. Aber das Gegenteil scheint der Fall gewesen zu sein. Niemand würde seine Weigerung und die Gründe, die er dafür gab, kennen, wenn er nicht seiner Umgebung erlaubt hätte, die Sache an die große Glocke zu hängen, wie Paulus, welcher der Theaterchronist seine patriotische Sensationsnachricht veröffentlichte.“

Herrn Pasteur ist aber, wie wiederholtes, der Orden nicht angeboten worden. Der einzige thatsächliche Anhalt für die Kaiserin Ernennung stünde darin bestehen, daß innerhalb der hiesigen Akademie der Wissenschaften der Gehalt, Herr Pasteur vorzuschlagen, ausgetauscht war, und daß dieser auf privatem Wege hiervon Kenntnis erhalten hatte, während es bis zu dem Absicht, ihm den Orden zu verleihen, niemals gekommen ist, da man seine chauvinistische Gesinnung zur Genüge kannte.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt ihre Sache gegen die „Deutsche Tagesztg.“ des Bundes der Landwirthe fort und wirft ihr Unbilligkeit, Verhöhnungstendenz und Unwahrscheinlichkeit vor. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt ferner, die Artikel des Bundesblattes nicht vollständig abgedruckt zu können, da es ihr widerstrebe, „direkte Angelegenheiten gegen Minister des Kaisers und Königs in ihren Spalten veröffentlichen.“

Nachdem, wie die Blätter mittheilt, haben der Oberstleutnant z. D. Scheibert trotz politischer Ueberzeugung und der Deklaration der „Kreuzztg.“, angelehnt ist, weil er ein Zusammenarbeiten mit Herrn v. Hammerstein ablehnt, verläutet jetzt, wie die „Ab. Ror.“ schreibt, aus zuverlässiger Quelle, daß der zweite Redakteur der „Kreuzztg.“, der bekannte Landtags- und Reichstagsabgeordnete Dr. Kropatschke aus gleichem Grunde zum 1. Juli seine Stellung mit kurzem Termin kündigt. Kropatschke, der ungefähr auf dem rechten Flügel der konservativen Fraktion steht, hat sich namentlich im Abgeordnetenhaus in allen Schattungen und als Vorsteher der Untersuchungskommission hervorgethan; er ist auch ein sehr thätiges Mitglied der von der Regierung einberufenen Seidenkommission für die Reform des höheren Schulwesens gewesen.

Die Diebstähle von vertraulichen Aktenstücken an Gunsten der sozialdemokratischen Presse nehmen kein Ende. Vor Kurzem ist sogar ein geheimes Erlass aus dem Kriegsministerium veröffentlicht worden. Die Enttarnung über diese fortgesetzten Vertrauensbrüche ist begreiflicherweise groß; allein gegen „Unbekannte“ ist man leider machtlos. Es fragt sich nur, ob es der Sicherheit unseres Staatswesens entspricht, wenn man verurtheilte Gaunerstücke auf sich beruhen lassen muß, weil es an gesetzlichen Handhaben, um sie einzufangen zu können, fehlt. Wir meinen, es sei dringend geboten, die Lücke in der Gesetzgebung, die hier so evident sich zeigt, schnellmöglich auszufüllen. Die betreffenden Aktenstücke sind amtlichen Charakters und darum als vertraulich bezeichnet, weil sie vor unbefugter Veröffentlichung der darin enthaltenen Matrikeln oder Direktiven, vor Mißbrauch in der Öffentlichkeit bewahrt werden sollen. Wer also unbefugterweise Publikationen solcher amtlicher Schriftstücke unternimmt, oder auch nur dazu hülfsreiche Hand leistet, mußte unter allen Umständen bestraft werden; die Blätter, die sich zu einer derartigen Veröffentlichung oder auch nur Reproduktion hergeben, müssen konfiskirt werden. Die sozialdemokratische Presse droht, wenn ein Strafgesetzbuch in diesem Sinne erlassen würde, wäre es möglich, die geheimen Schriftstücke der deutschen Behörden immer noch ungestraft im Ausland zu veröffentlichen. Das mag sein. Im Ausland aber würden derartige „Enttarnungen“ auf die Dauer kein Interesse erregen, und die Reproduktion im Inlande würde selbstverständlich gleichwohl verurtheilt werden müssen. Der Einfuhr solcher Matrikeln würde kein anständiger, redlich denkender deutscher Mann sich widersetzen können.

Wie dem „Damp. Korresp.“ authentisch gemeldet wird, hat der Kaiser die zweimonatliche kaiserliche bestätigte Gefängnisstrafe des Majors Schütz-Klosterlebe nachträglich in Festungshaft umgewandelt, die in Magdeburg verhaftet worden soll.

Ueber die Unternehmung des Pastors Witte gehen der „Volkszeitung“, wie sie schreibt, folgende absolut zuverlässige Mittheilungen zu:
Die Unternehmung besteht nach den Bestimmungen des Disziplinargesetzes vom 16. Juli 1886 den Verlust seines Pfarramtes an der Gollgatha-Gemeinde, während er im Uebrigen anstellungsfähig bleibt und alle Rechte des geistlichen Standes behält. Auch hat die Disziplinarbehörde sich veranlaßt gesehen, von der in jenem Gesetz vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch zu machen und

dem Pastor Witte einen Theil des ihm zustehenden Ruhegehalts zu belassen, und zwar den gesetzlich zulässigen Höchstbetrag. Das Urtheil des Dresdener Konsistoriums geht also nicht dahin, daß Witte zur Verwaltung eines ewigwährenden Pfarramtes überhaupt unfähig oder unwürdig sei. Insbesondere verdient es nachdrücklich betont zu werden, daß der Präsident des Dresdener Konsistoriums wiederholt hervorgehoben hat, daß die umfassenden Verhandlungen mit dem Pastor Witte darüber absolut keinen Zweifel gelassen hätten, daß derselbe sich in der That im Vollbesitze geistlicher Fähigkeiten und Kapazität befinde, während das brandenburgische Konsistorium ihn bekanntlich für „geistkrank“ erklärt hatte! Die Prozeß-Verhandlungen in Dresden währten fünf Tage in Anspruch und die Sitzungen dauerten täglich acht bis neun Stunden. Der Untersuchungskommission des Konsistorialrathes Röhler hatte, wie wir schon neulich berichtet konnten, ein ganz außerordentlich umfangreiches Material zusammengebracht. Hatte er sich seiner Zeit doch wochenlang in Berlin aufgehalten und zahlreiche Zeugen vernommen, allerdings noch nicht alle diejenigen, welche der Pastor Witte als Entlastungszeugen vorgeföhrt hatte. Nach Eröffnung der Verhandlungen durch den Konsistorialpräsidenten Stolmann erklärte der Konsistorialrath Röhler einen sehr eingehenden Bericht, während Regierungsbefehlshaber Lentz als Staatsanwalt resp. als Ankläger fungierte. Die Hauptanliegenpunkte bildeten Nachweise über das „unrichtige“ Wesen Witte gegenüber seinen Angehörigen und gegenüber Mitgliedern der Verwaltungs-Körperschaften seiner Gemeinde, sowie sein „unehrbildiges“ Verhalten zu den ihm vorgesetzten kirchlichen Behörden. Hierbei führte der Ankläger insbesondere auf ein Schriftstück, welches Witte seiner Zeit an den Oberkirchenrath gerichtet hatte, unmittelbar nachdem das brandenburgische Konsistorium ihn für verurtheilt erklärt hatte. Seine Vertheidigung führte Herr Witte zum großen Theile selbst, zum anderen Theil führte sie Justizrath Mundt. Mit der Entscheidung der konsistorialen Disziplinardröße in Dresden ist die Angelegenheit immer noch nicht zum definitiven Abschluß gekommen. Vielmehr wird sich nunmehr noch der Oberkirchenrath in letzter Instanz damit zu befassen haben, an den der Pastor Witte appellirt wird, sobald die konsistorial-Entscheidung nebst der Begründung ihm von Dresden zugegangen sein wird.

Ueber den wiederholt erwähnten Fall Rod liegt dem „Voll.“ ein reichhaltiges Material von beiden Seiten vor, auf Grund dessen das Blatt erklärt, den Vortrag des Pastors Rod ganz unanständig zu finden, besonders da das Manuscript vorher dem Vorstand des konservativen Vereins vorgelesen habe und von diesem mit verbindlichem Dank genehmigt worden sei. Das „Voll.“ führt fort:

„Der Pastor Rod in der Vorrede zu seinem gedruckten Vortrage theilt mit, hat ihm dieser Vortrag Strafanträge bei vier verschiedenen Behörden eingebracht. Höchst eigentümlich ist jedenfalls das Verhalten des Konsistoriums zu Stettin. In Abwesenheit des Generalinspektors ertheilte diese Behörde nämlich dem Pastor Rod am 28. April 1894 einen Verweis, ohne ihn auch nur gehört zu haben. Daß gegen Pastor Rod wegen seiner Rede auch eine Strafanzeige an das Gericht, freilich vergeblich, gerichtet worden ist, ist unseres Wissens bisher noch nicht zur Sprache gekommen. Das Bedenkliche bleibt freilich der Versuch, eine kirchliche Rabinetsjustiz herbeizuführen. Er lag unzweifelhaft darin, daß sich Herr von Thadden-Eriegel (Rods Patron) am 18. Mai 1894 (laut Nr. 112 des „Greifswald. Kreisbl.“) an den Kaiser gewandt hat. Aus dem Zivilkabinett des Kaisers ist ja auch leider der Befehl an Herrn v. Normann ergangen, daß Pastor Rod von seiner Verurtheilung einen Verweis bekommen habe. Mehr Verurtheilung hätte jedenfalls der Befehl aus dem Zivilkabinett hervorgerufen, daß jede Einmischung in diese Angelegenheit abgelehnt würde. Die ganze Angelegenheit bietet das Unerwartlichste so viel, wie die Zeit lange keine andere. Sie wird in noch einmal im konservativen Provinzialverein für Pommeren zur Sprache kommen. Denn an ihn, zu Händen des Landtagsabgeordneten Prätorius, hat der Vorsitzende des pommerischen Pfarrvereins, Superintendent a. D. Sternberg in Selchow, ein Schreiben gerichtet, das das Persönliche freilich aus dem Spiel läßt und nur auf eine grundsätzliche Stellungnahme hindeutet. Im Interesse des Zusammenwirkens von Geistlichen und Grundbesitzern, im Interesse der konservativen Sache, im Interesse der Selbstständigkeit der Kirche ist es unbedingt nöthig, daß es der konservative Provinzialverein nicht an einer deutlichen Antwort fehlen läßt — namentlich auch nach der Seite des Herrn von Normann und der Greifswalder Konservativen mit ihrem statutenwidrigen Verhalten hin.“

Wiederholt wird in letzter Zeit der Verjüngung Ausdruck gegeben, daß ein betriebiger Abfluß der asiatischen Rasse durch die Schwebelungen verzögert werden könne, welche Japan bei der Besitzergreifung von Formosa zu überwinden haben würde. Eine formale Anklage der Insel seitens Chinas ist bis jetzt nicht erfolgt, dafür wurde unlängst gemeldet, daß Formosa sich zur Republik erklärt habe. Ferner wurde schon vor mehreren Tagen die Ankunft einer japanischen Flotte in den formosianischen Gewässern gemeldet, seitdem jetzt es an Nachrichten, wie die dortigen Verhältnisse sich weiter entwickelt haben. Man darf die Hindernisse, welche sich einer materiellen Besitzergreifung durch Japan auf Formosa eventuell in den Weg stellen könnten, nicht unterschätzen. Es sollen, nach freilich nicht näher zu kontrollierenden Angaben, ca. 80.000 Mann chinesischer Truppen auf der Insel stehen, von denen 50.000 als wohl bepannert und bis zum letzten geübt werden. Die meisten führen Mauser, einige Repetiergewehre. Der Rest von 30.000 Mann sind Wikken. Daneben geht angeblich das Ansehungsgefahr ununterbrochen weiter, die Verheerung nimmt Zehn, der nur ein Gewehr zu tragen im Stande ist. Da die Qualität der Leute als bedeutend besser dargestellt wird, wie die der chinesischen Festlandarmee, die auch noch einem schärferen Disziplinargefühl, wenn auch gerade von dem chinesischen Kaiser, in ihrem Sinne, so werden sie nicht zu unterschätzen. Am meisten Mangel, die Formosane erntet zu nehmen, tritt in Frankreich zu Tage. Die Franzosen wissen aus eigener, theurer erkaufte Erfahrung von Oculu her, was es heißt, mit China einen Privatkrieg zu führen. Die Schwarzflaggen haben den Franzosen viel und schwer zu schaffen gemacht und sich in den

jahrzehnten Kämpfen gegen das französische Militär eine Kriegserfahrung und bis zu gewissem Grade militärischen Geist angeeignet, der diese Truppe heute bedeutend respekabler als Gegner erscheinen läßt, denn vor Jahren, wo sie zuerst gegen die Franzosen ins Feld zog. Man will nun in Frankreich wissen, daß es gerade die aus Tonkin so bekannten und gefürchteten Schwarzflaggen seien, welche das Gros der chinesischen Streitmacht auf Formosa bilden, und hält sich in Folge dessen überzeugt, daß die Japaner bei einem zur Eroberung Formosas nöthig werdenenden Feldzuge nicht so leichten Kaufes davonkommen dürften, als in der Vergangenheit oder auf der Insel selbst. Ueberdies bietet die Insel nur eine kleine Anzahl günstiger Landungspunkte dar und diese seien insgesamt wohlbesetzt und mit Krupp'schen Geschützen ausgerüstet.

Der Standpunkt, der ein schwieriges Bild abgibt, kann bei den Franzosen nicht fremden. Sie selber haben bekanntlich i. Z. bei einer gegen Formosa unternommenen Expedition schlechte Geschäfte gemacht und auch den Japanern ist es trotz wiederholter früherer Versuche nicht gelungen, auf der Insel dauernd festen Fuß zu fassen.

Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Alexandrien gemeldet wird, sollen drei Schiffe des zur Zeit dort befindlichen britischen Geschwaders nach Dschebbah, wo englische, russische und französische Konsulatsbeamte Gegenstand eines mördlichen Anfalles waren, gesandt werden.

Es scheint übrigens in der That unter den Türken, und zwar auch unter den Beamten, allgemein eine starke Gereiztheit gegen die Mächte Englands, Frankreichs und Russlands wegen des Vorgehens derselben in der armenischen Angelegenheit obzuwalten. In Armenien selbst hat die türkische Polizei an den Delegierten der genannten Mächte zur Untersuchungskommission ihre volle Laune ausgelassen. Dem „Reuter'schen Bureau“ geht nämlich unter dem 31. aus Konstantinopel die Meldung zu, nach einer Mitteilung aus Misch sein dort die Delegierten der drei Mächte von der türkischen Polizei gräßlich beleidigt worden. Die Genannten seien in die Wohnung der Delegierten eingedrungen und hätten versucht, einen dieser derselben zu verhaften, wobei sie Verletzungen angerichtet hätten. Die Genannten seien mit Hilfe von den Kanakaffen der Delegierten vertrieben worden. Bereits vor diesem Vorgange seien mehrere Verletzungen von Eingeborenen, welche zu den Dienern der Delegierten gehörten, vorgekommen.

Nach 31. Mai. Auf eine von 40.000 Familienmitgliedern unterzeichnete, an den Kultusminister gerichtete Petition, daß der Religionsunterricht in den zweisprachigen Volksschulen Westpreußens auf allen Stufen in polnischer Sprache erteilt werde, hat der Minister erwidert, er vermöge diesen Antrag nicht zu berücksichtigen, weil die polnischen Kinder in höheren Stufen der erwähnten Schulen befristet seien, an dem in deutscher Sprache erteilten Religionsunterricht mit vollem Verständnis theilzunehmen.

Nach 31. Mai. Die elektrische Beleuchtungsanlage am Nordostkanal und am Kiezhajen ist auf der Straße Kiel-Holtenauer-Kreuzung-Münderburg-Grünthal-Burg fast beendet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch die Linie Burg-Brunsbüttel bis zur Eröffnungsfest fertiggestellt sein wird. Wie es heißt, wird der Kanal am Abend des Tages der Schließungseinzug zum ersten Male elektrisch erleuchtet werden. Es wird bekanntlich geplant, daß die in Schleswig und Vandsbøl garnisonirenden Infanterie der Regimenter Nr. 15 und 16 das Kaisergeschwader kaptenweise auf der Strecke von der Weimündung bis zur Osmündung begleiten sollen. Die Infanterie werden amnietbar neben dem Nordostkanal einmarschieren. Um dies zu ermöglichen, sollen kleinere Brücken über Wasserläufe, Einschnitte und dergl. hergestellt werden. Am Tage nach der Rückkehr des Kaisergeschwaders von Helgoland, 11. Juni, erfolgt hier die Formation einer dritten (Schul-) Division unter dem Kommando des Kontre-Admirals v. Dieberichs und einer vierten (Reserve-) Division unter dem Kommando des Kontre-Admirals Dibelow. Die dritte Division besteht aus den Schiffen „Graf“, „Stein“, „Violett“ und „Gneisenau“, die vierte aus den Panzerjagern „Fritzhof“, „Hildebrand“, „Hagen“ und „Reinhold“. Sämtliche vier Divisionen werden am 10. Tage nach der Schließungseinzug unter dem Oberbefehl des Kaisers vor den deutschen und fremden Flotten und den ausländischen Admiralen große Manöver in der Dürer ausführen.

Nach 31. Mai. Heute Nachmittag 3 Uhr begann die Feier der Grundsteinlegung des Elbe-Trade-Kanals, welcher als Grenzstraße des Senates die Minister Dr. v. Bötticher, Dr. v. Miquel und v. Hülse, der kommandierende General des 2. Armee-Korps Graf Waldersee, der kommandierende Admiral Räder, der preussische Gesandte a. Kiderlen-Wächter und Wirklicher Geheimer Der-Regierungsrath Frhr. von Wilmowski betheiligten. Nachdem die Feier durch eine Musikfanfare eingeleitet worden war, hielt der Vorsitzende der Kanalbaukommission, Senator Kling, die Begründungsrede, in der er den Wunsch aussprach, daß der Kanal von Norden und Süden des Reiches innig verbunden und das Land mit den nördlichen Reichtheilen enger knüpfen möge. Darauf that der Bürgermeister Dr. Behn die ersten Hammerschläge mit den Worten: „An Gottes Segen ist Alles gelegen.“ Als Vertreter Dr. v. Miquel des Kaisers sprach der Gesandte von Kiderlen-Wächter die Worte: „Ich wünsche den Fortbestand der uralten Freundschaft zwischen Preußen und Albed.“ Staatssekretär Dr. v. Bötticher sagte: „Für Kaiser und Reich und Albeds Glück und Herrlichkeit.“ General Graf Waldersee beglückte: die drei Hammerschläge mit dem Spruche: „Navigare necesse est, vivere non est necesse.“ Der Vorsitzende der Albeder Bürgerfchaft Dr. Behn sagte: „Auch bei diesem Unternehmen bewähre sich die Kraft des freien Bürgerthums!“ Nachdem die Reize der Grenzstraße den Hammer-schlag vollzogen, hielt Bürgermeister Dr. Behn eine die Feierlichkeit schließende Rede, die in dem Wunsch gipfelte, der Kanal möge dem Gemeinwohl zur Ehre und zum Segen gereichen. Der Spitznamen war den Fahrten der zur Feier Geladenen durch die Stadt und Umgebung gewidmet. Um 6 Uhr beginnt das Festmahl im Rathhaus. Bei demselben hatten neben dem Bürgermeister Dr. Behn die Staatsminister Dr. v. Bötticher, dann Graf Waldersee, gegenwärtig der Gesandte von Kiderlen-Wächter, Staats-

minister Dr. Miquel, der Gesandte Dr. Krüger und Minister Thielens Platz genommen. Den Kaisertrakt brachte Bürgermeister Dr. Behn aus. Er feierte den Träger der Kaiserkrone als Symbol der deutschen Einheit und pries Se. Majestät glücklich, daß er das gigantische Werk Albed'sch sein's Großvaters, den Nordostkanal in kurze den gesamten Seemächten Europas vorführen könne. Es genüge aber nicht, Meer mit Meer zu verbinden, auch die Dünenlande müssen mit dem Meer verbunden werden. Wenn der Elbe-Trade-Kanal dies als erstes Glied der Kette darstelle und bald eine Fortsetzung nach dem Westen fände, werde Albed sich glücklich preisen. Der Kaiser habe die Glückseligkeit auf die Dünenschieferfahrt gestellt. Als Deutsche seien wir stolz auf den Kaiser, als Albeder glücklich, ihn auf dem Throne zu erblicken. Redner bringt sein Hoch Seiner Majestät dem Kaiser. — Senator Dr. Behn feierte die preussischen Staatsminister, welche das Kanal-Unternehmen unterstützen. Dem Grafen Waldersee sei gedankt für seine Unterstützung; der Redner schloß mit einem Hoch auf die Grenzstraße. Staatsminister Dr. v. Bötticher dankte für die Einladung, er bezeuge nicht zu verkennen, daß jeder gern die Einladung in das alte Albed mit seiner Geschichte, seinen Ansprüchen, seinem Streben nach höheren Zielen angenommen habe. Bei der Verathung über den Kanal sei angeschlossen worden, Preußen müsse dem Kanal als Entschädigung Albed für den Verlust durch den Nordostkanal zugesagt haben seine Beihilfe bewilligen. Dies sei nicht der Fall. Preußen habe nicht aus Schuldgefühl Albed bewilligt. Das Kaiserthum wurde wahrgemacht, daß die Zeit in den Zeichen des Fortschritts stehe. Der Nordostkanal und der Elbe-Trade-Kanal werde nie jeder seine besondere Aufgabe haben. Wenn aber die Unternehmung Preußens dazu diene, die letzten Defizite zu beseitigen, so sei die Aufgabe voll erfüllt. Albed wolle schnell bauen; das sei lobenswerth; je eher der Bau fertig werde, desto eher würden die Früchte reifen. Er hoffe, daß Albed neue Impulse empfangen werde zum Wohle des Vaterlandes! „Hoch Albeds Senat, Bürgerfchaft und Bevölkerung!“ — Der hiesige Ministerresident Dr. Krüger erinnerte daran, daß er vor 14 Jahren die ersten amtlichen Mittheilungen über den Kanal empfangen habe. Staatsminister von Miquel gedachte der Kitzliche der Nachbarn; der Kanal wäre zweifellos ohne die. Dieselbe habe sich auch im Abgeordnetenhaus, besonders durch den Vertreter Stettins, den Abgeordneten Böhmel bekräftigt. v. Miquel gedachte der Verantwortlichkeit durch den Minister v. Thielens und durch den Finanzminister und schloß mit einem Hoch auf die Reizten. Finanzminister Dr. Miquel feierte in hochbedeutender Rede Kaiser und Reich und erinnerte an die vor 34 Jahren in Albed tagende Nationalversammlung; damals habe er schon ausgesprochen, daß Deutschland nur durch die Hohenlohe groß werde. Minister v. Thielens wünschte in glänzender Rede, daß das heutige Kind, der Elbe-Trade-Kanal seine höchste Reife mit dem Mittelalterskanal. Die Verantwortlichkeit der Bürger Dr. Behn wünschte das Gedeihen des Kanals. Graf Waldersee dankte für die entgegenkommende Führung und bat um Vertrauen für das Meer und die Marine und um thätige Erziehung der Jugend. Der Zukunft sei vertraut entgegenzusehen. Broemel-Stettin gedachte des Handels und der Schifffahrt.

Oesterreich-Ungarn.
In Wien erregt die energische Verwarnung großes Aufsehen, welche die Regierung in der amtlichen „Wiener Abendpost“ wegen der vorgetragenen und geistigen Straßengasse sowohl den Antisemiten als Sozialisten erteilt. Sie enthält die faum verheilte Drohung, daß bei Fortsetzung solcher Grasse eine Einweisung der Antisemiten in die Konzentrationslager erfolgen könnte. Manche wollen darin die Vorboten eines eventuellen Antisemitismus erblicken. Dies Wort ist wohl zu weit gegangen. Immerhin liegt ein erstes starkes Auftreten der Regierung gegen die nachgerade unentzählbaren Verheerungen vor.
Prag, 31. Mai. Die Volksversammlung des Vereins zur Zuckerindustrie in Wöhmen beschloß eine Resolution des Inhalts, daß eine internationale Vereinbarung über die Zuckerprämien zum Schutze gegen die Rohzuckerindustrie dringend notwendig erscheine. Angesichts des bis auf die Hälfte herabgesunkenen Prämienfußes und der Bedrückung der Zuckerindustrie, sei es ein Gebot der Gerechtigkeit, die Gesamtprämiensumme von 50 auf 74 Millionen Gulden zu erhöhen und zwar so lange, bis eine internationale Regelung des Prämienfußes erfolgt.
Wien, 31. Mai. Die Meldung eines auswärtigen Blattes, Graf Julius Andrássy solle zum Vizepräsident in Konstantinopel ernannt werden, wird von unrichtiger Seite für vollständig erlunden erklärt. Von einer solchen Ernennung war niemals die Rede; Graf Andrássy beabsichtige durchaus nicht, sich aus dem hiesigen politischen Leben zu entfernen.

Frankreich.

Paris, 31. Mai. Der Kultusminister Poincaré richtete an 16 Erzbischöfe und Bischöfe, die die Erbschaftsteuer für die Klöster bekämpfen, ein Schreiben, in dem er unter Androhung der Gehaltsperze zur Wägung mahnte. Unter den Genannten befindet sich auch der Kardinal Langenieux.

Türkei.

Ein sehr lehrreiches Bild von den Zuständen in Syrien giebt nachfolgender Bericht der „Münchener Allg. Ztg.“ aus Beirut:
Die Landesverwaltung und die öffentliche Sicherheit haben sich in einer Weise verschlechtert, daß Unruhen früher oder später wohl ausbrechen können, wenn nicht bald eine Besserung geschaffen wird, und auch Ausschreitungen kommen zuweilen vor. Die Geschändlichkeiten, die über Mordthaten, Erpressungen, Verheerungen, Ungerechtigkeiten, Korruption a. dergl. im Umlauf sind, zeigen genugsam den traurigen Zustand der Landesverwaltung. Ein paar Proben werden als Beweise genügen. In einer der heftigsten Straßen unserer Stadt, im Stadt-Theater, schlug der einzige Wächter der 18-jährige Sohn eines reichen mohamedanischen Uthmaniden einem griechischen Priester die Kopfbedeckung herab und beschimpfte ihn mit „Christenschwein“ und anderen nicht wiederzugebenden Ausdrücken. Der russische Generaloffizier verlangte die Verhaftung des Schuldigen, worauf der Gouverneur sofort die Verhaftung anordnete. Allein die Polizei, welche nur aus

Christenbauern besteht, findet in der Regel einen Schuldigen nicht, wenn er ein gutgläubiger Mohamedaner ist und nur einen Christen beleidigt hat, namentlich, wenn der Schuldige die nöthigen Geldmittel besitzt, um die Polizei blind zu machen. Der Junge war verschwunden und drapirte Mittel: er ließ den Vater verhaften und ihn so lange als Geisel zurückbehalten, bis der junge Mann gefunden sein würde. Das wirkte — und der vielversprechende Slingling kam in kürzester Zeit zum Vorschein. Allein auf Drängen seiner Verwandten leisteten mehrere reiche und einflussreiche Christen für des Verhafteten fernere Verhaltung Bürgschaft, christliche Angelegenheiten haben an, daß sie nicht das geringste von dem Vorfalle gesehen hätten, weil sie genau wußten, daß sie sonst ruiniert sein würden, und so wurde der junge Mann wieder in Freiheit gesetzt. Die Unternehmung aber wurde ad calendas graecas verschoben. In der Charwoche drangen in die überfüllte neue mohamedanische Kirche, als der Gottesdienst zu Ende ging, zwei mohamedanische Fanatiker bis zum Altar vor und spien wiederholt auf das Kreuz, worauf sie unter Flüchen und Drohungen das Gotteshaus verließen. Die Maroniten, in ihren heiligsten Gefühlen verletzt, wollten über die Schandthaten verfahren, allein besonnene Männer, die wohl wußten, daß dann die türkischen Soldaten in die Kirche stürmen und ein Blutbad anrichten würden, wärmten vielmehr vor jeder Gewaltthatigkeit. Trotzdem der Bischof der Maroniten persönlich bei dem Vati Beschwerde führte, ist von einer Verhaftung der Schuldigen bis zur Stunde nichts bekannt: man erklärte sie für wahnsinnig. Ein ähnlicher religiös-fanatiker Mordanschlag hat vor mehreren Monaten auch in Sidra stattgefunden. Diese Vorfälle zeigen mit den Ereignissen in Armenien, wie sie der Spezialkorrespondent der „Times“ dargelegt hat, eine schlagende Hebelkraft: hier wie dort derselbe Haß der Mohamedaner gegen die Christen, die große Wehrlosigkeit der Christen gegenüber den Behörden, der nämliche Haß der Mohamedaner gegen die türkischen Behörden gegen die Beschwerden beleidigter Christen. Die natürliche Folge dieser Zustände ist, daß die Christen immer mehr und mehr werden. Letztere gehen fast nie ohne Dolch oder Revolver aus, und jeder Streit endet mit Blut. Unlängst sollen Nachts heimlich drei Wagen voll Pulver und Waffen in den mohamedanischen Stadttheil geschafft und dort versteckt worden sein. Da aber auch die meisten Christen mit Waffen und Munition versehen sind, so ist die Lage unserer Stadt trotz ihres friedlichen Aussehens eine recht ungemüthliche. Der Vati giebt sich trotz seines hohen Monatsgehaltens von 200 türk. Pfd. wenig Mühe, die Verhältnisse genau kennen zu lernen und zu ändern. Er kommt gegen 1 Uhr auf das Serail, empfängt die Berichte der Polizeivorstände und des Majors der Gendarmerie, deren Dienstzeit allgemein bekannt ist, erledigt dann einige Geschäfte und geht nach wenigen Stunden wieder nach Hause. Die besagten Polizeiberichte lauten selbstverständlich für die Mohamedaner sehr günstig, weil deren Verfasser ihre Stellen nicht verlieren wollen, und da in den anderen Städten die gesamte Verwaltung nach dem gleichen Muster arbeitet, so kennt der Vati den wahren Zustand unserer Stadt und des Vilajets nicht.

Japan.

Yokohama, 30. Mai. Die hier erscheinende „Japan Gazette“ enthält unter dem 23. April d. J. einen Artikel zur asiatischen Frage, dessen Ausführungen höhere Beachtung verdienen. Der Verfasser des Artikels führt unter dem Eindruck der damals bevorstehenden Einmischung europäischer Großmächte in die asiatischen Dinge. Er ist sich der Tragweite der von Japan gestellten Friedensbedingungen deutlich bewußt. Die dauernde Befestigung des Siegers in Port Arthur und Kantschun bedeutete nichts Anderes, als die beständige Wachbereitschaft Japans gegen Peking. Im Besitz Formosas und noch gestärkt durch die Hülfsmittel dieser Insel werde Japan zu einer neuen Drohung für Korea, Hongkong und Sibirien. England, dessen Interessen im fernem Osten ausgedehnt seien, als die irgend einer anderen Macht, habe durch die künftige Unentschiedenheit seiner Haltung eine „goldene“ Gelegenheit verpaßt und müsse nun ohne Murren den bisher von ihm beherrschten Handel mit Formosa in Japans Hände übergehen lassen. Geleitet von schwachen Ministern, bald mit Japan liebende, bald mit Japan feindlich, sei England zum Geopfer der öffentlichen Meinung Japans geworden. Schlimmer aber sei Folgendes. Es werde gemeldet, Rußland habe, nachdem es England schwach gefunden, sich mit Frankreich und Deutschland zum gemeinsamen Vorgehen in Ostasien vereinigt. Angesichts dieses Vorgehens werde den Japanern nur übrig bleiben, den Kampf mit den drei europäischen Mächten aufzunehmen oder auf übertriebene Forderungen zu verzichten. Soweit der Artikel der „Japan Gazette“. Die seitdem eingetretenen Ereignisse haben dem Verfasser im weitestlichen Recht gegeben. Seine Anstellungen erscheinen aber noch jetzt von Interesse und sind um so bemerkenswerther, als es ein englisches Blatt ist, das kurz vor dem Eingreifen der europäischen Kontinentalmächte die Lage in Ostasien so beurtheilt hat.

Amerika.

Der Tod des bisherigen amerikanischen Staatssekretärs der auswärtigen Angelegenheiten, Gresham, hat in den Kreisen der humanitären Sympathien die Hoffnung auf einen Umsturz der Wahlführer Politik zu Gunsten Rubas bedeutend gestärkt. Thatsächlich werden seitens der auf amerikanischen Boden weilenden kubanischen Emigranten und ihrer amerikanischen Freunde alle Anstrengungen gemacht, bei der Neubewegung des valantien Staatssekretärspostens für ihre Wünsche Raum zu gewinnen, welche zunächst auf Anerkennung der Insurgenten als kriegsführende Macht hinauslaufen. Um diesem Wunsch mehr Nachdruck zu verleihen, wird auf der Insel selbst der Rufstand mit allen Mitteln hingenhalten, bezw. neu belebt, und auch dabei sind künstlich amerikanische Einflüsse thätig. Wie wenig man Frankreichs den Amerikanern traut, beweist die Thatsache, daß die spanischen Behörden im Hinblick auf die von Korrespondenten amerikanischer Zeitungen nach den Feldlagern der Insurgenten unternommenen Expeditionen ein Verbot derartiger journalistischer Streifzüge erlassen haben. Wer in Zukunft gegen das Verbot handelt, soll, wenn er dabei ertwischt wird, streng bestraft werden.

—